



**ERINNERUNG
IST ZUKUNFT**

DDR-ZEITZEUGEN IM UNTERRICHT



Staatswappen wird demontiert, Prenzlauer Berg, 1989

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Günter Bersch, Bild 001-A027-2017

Titelbild: Berlin, Leninallee, 1975

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Günter Bersch, Bild 045-A032-2017

	EINLEITUNG
03	DDR-ZEITZEUGEN IM UNTERRICHT
	MODUL 1
05	FLUCHT UND AUSREISE
07	Interview mit Peter Keup
09	Aufgaben zum verschriftlichten Interview
10	Aufgaben zum Video-Interview
11	Weiterführende Aufgaben zum Video-Interview
	MODUL 2
12	ALLTAG UND WIDERSTAND
14	Interview mit Evelyn Zupke
16	Aufgaben zum verschriftlichten Interview
17	Aufgaben zum Video-Interview
18	Weiterführende Aufgaben zum Video-Interview
	MODUL 3
19	FRIEDLICHE REVOLUTION 1989
21	Interview mit Aram Radomski
23	Aufgaben zum verschriftlichten Interview
24	Aufgaben zum Video-Interview
25	Weiterführende Aufgaben zum Video-Interview

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird an einigen Stellen auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

DDR-ZEITZEUGEN IM UNTERRICHT

Zeitzeugeninterviews spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Vermittlung von deutsch-deutscher Geschichte an Schulen. Der Aufstieg der Methode verwundert nicht, kann sie doch den klassischen Geschichtsunterricht um eine emotionale und persönliche Komponente ergänzen. Das Gespräch mit einem Menschen, der „dabei“ gewesen ist und an dessen außergewöhnlicher Lebensgeschichte die Zuhörenden teilhaben können, versprüht einen besonderen Reiz. Gut vorbereitete Zeitzeugengespräche schlagen eine Brücke in die Vergangenheit und regen das Vorstellungsvermögen an. Abstraktes historisches Wissen wird durch das Einzelschicksal plastischer und greifbarer, zudem fördert die Methode das Erlernen sozialer Kompetenzen wie Mitgefühl und Empathie.

Um diese Stärken voll auszuspielen zu können, müssen Zeitzeugengespräche jedoch vor- und nachbereitet und in ein stimmiges Unterrichtskonzept eingebunden werden. Denn als Methode haben sie ihre Grenzen und können bei den Teilnehmenden im negativen Fall zu einem einseitigen und eindimensionalen Geschichtsverständnis führen. Wenn Menschen als Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen auftreten, dann präsentieren sie ihre Lebensgeschichte zwangsläufig aus einer persönlichen Perspektive. Dabei weisen sie Ereignissen eine Deutung zu und fügen sie in ein stimmiges Narrativ ein. Nicht selten stellen sie sich während des Gesprächs auf die Zuhörerschaft ein und versuchen, einen Spannungsbogen aufzubauen, um den Erwartungen der Teilnehmenden an eine spannende Geschichte zu entsprechen. Dies stellt kein Problem dar, solange die Schülerinnen und Schüler diese Mechanismen

und Zwänge kennen und sie in ihr Urteil einbeziehen und solange sie sich inhaltlich frei in den Themen bewegen können.

Mit dieser Broschüre erhalten Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit, Zeitzeugengespräche in ihren Unterricht einzubinden, auch wenn der Besuch einer Zeitzeugin oder eines Zeitzeugen an der Schule nicht möglich ist. Hierzu stehen den Lehrenden jeweils ein Zeitzeugeninterview zu den Themenschwerpunkten „Flucht und Ausreise“, „Alltag und Widerstand“ sowie „Friedliche Revolution 1989“ zur Verfügung. Die Interviews können in voller Länge als Videoaufzeichnung abgerufen werden, eine gekürzte Version findet sich zusätzlich als Text in den Materialien.

Einbindungsmöglichkeiten in den Unterricht

Das Kerncurriculum der Oberstufe beinhaltet für die Qualifikationsphase Q3 die Themenfelder „Die Teilung Deutschlands - eine Nation, zwei Staaten“ sowie „Deutschland von der Teilung zur Einheit“. Im Rahmen dieser Themenbereiche werden Grundlagen zum Aufbau von Gesellschaft, Politik und Staat behandelt. Hierzu gehören unter anderem Protest- und Oppositionsbewegungen mit dem Unterthema „Flucht und Ausreise“. Dabei regelt zwar jeder Abiturerlass in den einzelnen Bundesländern die Schwerpunkte für das schriftliche Landeszentralabitur, es bietet sich jedoch vor allem im Rahmen der Betrachtung von „Widerstand und Opposition in der DDR“ an, auf Zeitzeugeninterviews zurückzugreifen. Alle drei in dieser Broschüre präsentierten Zeitzeugeninterviews können einzeln oder in Kombination miteinander in den Unter-



Der Zeitzeuge Thomas Drescher (l.)
im Gespräch mit Alesch Mühlbauer und Jugendlichen in Berlin
© Deutsche Gesellschaft e. V.



richt eingebunden werden. Soll mit den Videos gearbeitet werden, so bietet die Broschüre zusätzlich zur inhaltlichen Einführung Arbeitsmaterialien für die Lernenden an. Diese dienen der Vorbereitung eines Unterrichtsgesprächs über die Inhalte des Interviews. Für jedes Videointerview werden jeweils eine Tabellenvorlage zum Ausfüllen während des Gesprächs sowie vertiefende Frage- und Aufgabenstellungen angeboten, die auch eine kritische Betrachtung von Zeitzeugengesprächen berücksichtigen.

Für den Einsatz der schriftlichen Interviews bietet die Broschüre auf einem separaten Arbeitsblatt zusätzliche Aufgaben- und Fragestellungen. Zugleich kann dieses Angebot aber durch die weiterführende Literatur sowie die Linkliste vertieft und ergänzt werden.

Dauer und Umfang der verschiedenen Einbindungsmöglichkeiten

Für die Arbeit mit einem vollständigen Videointerview sind zunächst 90 Minuten zur Sichtung der Aufnahmen nötig. Es bietet sich an, eine kurze Hinführung zum Thema mithilfe der Materialien und Darstellungstexte aus dem vorhandenen Lehrwerk vorzubereiten. Für das Ansehen

Thomas Raufeisen diskutiert
mit Schülerinnen und Schülern
im hessischen Dreieich
© Deutsche Gesellschaft e. V.



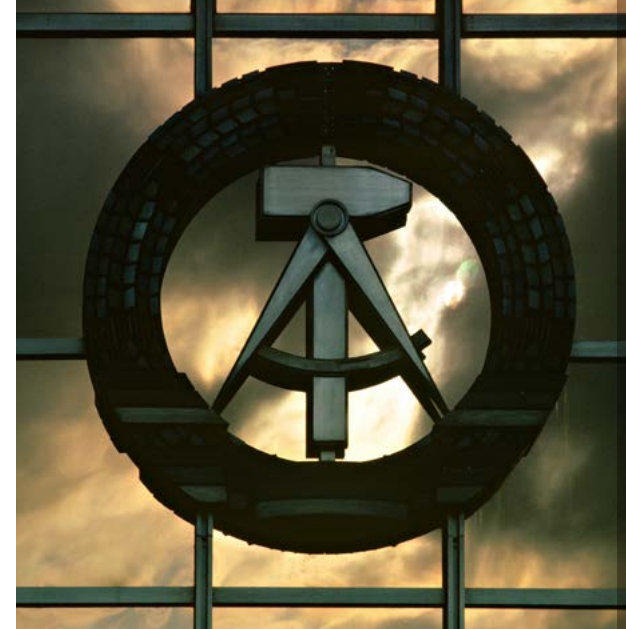
DDR – Deutsche Demokratische
Republik – „Götterdämmerung“
© Bundesstiftung Aufarbeitung/
Harald Schmitt, Bild 98



des Videos ist es empfehlenswert, eine Doppelstunde anzusetzen. Im Anschluss daran sollte die Lerngruppe als Aufgabe zur nächsten Stunde entweder die eigenen Mitschriften noch einmal durchgehen, sortieren und ordnen, oder es können bereits weiterführende Aufgaben bzw. Fragen bearbeitet werden. In den darauffolgenden Stunden sollten die Ergebnisse miteinander verglichen, zusammengetragen und besprochen werden. Dabei können auch Fragen vonseiten der Lerngruppe aufkommen, die es zu berücksichtigen gilt. Zeitlich sollten Lehrende für diese kleine Unterrichtsreihe je nach Intensität der Vertiefung fünf bis sechs Schulstunden ansetzen.

Arbeitet eine Klasse mit der verschriftlichten Form des Interviews, sollte die Reihe drei bis vier Schulstunden in Anspruch nehmen.

Für die Kombination der einzelnen Themenfelder kann auch eine arbeitsteilige Gruppenarbeit in Oberstufenkursen sinnvoll sein. Hierbei sollte in einer Einführungsstunde eine Hinführung zu allen drei Themenfeldern stattfinden. Dabei können Arbeitsthesen oder Fragen gesammelt werden, die bei der Bearbeitung berücksichtigt werden. In Kleingruppen widmen sich die Lernenden dann jeweils einem Zeitzeugeninterview, bearbeiten mithilfe der Arbeitsmaterialien diesen Bereich und bereiten ihn in geeigneter Form für die Lerngruppe auf. Die Gruppen müssen ihre Ergebnisse anschließend z. B. in Form eines „Gruppenpuzzles“, eines „Handouts“ oder eines Plakats präsentieren. Für diese Variante wären gewiss sieben bis zehn Unterrichtsstunden einzuplanen. Gerade bei einer Kombination mehrerer Gespräche sollte auf die Methode des Zeitzeugeninterviews im Unterricht gesondert eingegangen und mit der Lerngruppe über die Besonderheiten diskutiert werden.



WEITERFÜHRENDE LINKS

www.zeitzeugenbuero.de

Das Zeitzeugenbüro ist ein Angebot der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, mit dem bundesweit Zeitzeugen zur Geschichte von Demokratie und Diktatur nach 1945 recherchiert und kontaktiert werden können

www.jugendopposition.de

Ein gemeinsames Webportal der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft mit zahlreichen Zeitzeugen-Interviews

www.jugendbegegnung.de

Zeitzeugenarbeit und neue Medien - Anregungen und Materialien für politische Bildung und Interkulturelles Lernen. Herausgegeben von der Brücke/Most-Stiftung sowie Schulen ans Netz e. V.

www.zeitzeugenbuero.de

Gelebte Geschichte. DDR-Zeitzeugen in Schulen; Ein Leitfaden für Lehrkräfte von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

www.zeitzeugen-portal.de

Video-Plattform für Zeitzeugengespräche zur deutschen Zeitgeschichte der Stiftung Haus der Geschichte

Die DDR stand trotz ihres Selbstverständnisses als „das bessere Deutschland“ Zeit ihres Bestehens vor dem Problem, dass für große Teile der Bevölkerung die Bundesrepublik eine echte Lebensperspektive bot. Die angespannte Versorgungslage, eine alltägliche Bevormundung sowie stark eingeschränkte Freiheiten sorgten dafür, dass viele der DDR den Rücken kehrten oder kehren wollten. Mit der Flucht verstießen sie allerdings gegen Gesetze der DDR. Laut Strafgesetzbuch wurde der „Ungesetzliche Grenzübertritt“ (§ 213) mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft, in schweren Fällen sogar mit bis zu fünf Jahren. Doch schreckten die Strafen viele Menschen nicht ab, aus der DDR zu fliehen. Wollte die Führung die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und aus der DDR den „deutschen Staat der Gegenwart und Zukunft“ machen, wie es die Propaganda versprach, musste der Strom der jungen, vielfach gut ausgebildeten Flüchtenden und später der Antragsteller und Antragstellerinnen auf Ausreise gestoppt werden. Diese Überlegungen spielten eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung für erste innerdeutsche Grenzbefestigungen im Jahr 1952 und ebneten schließlich den Weg für den Bau der Berliner Mauer und weiterer Grenzanlagen 1961. Bis zum Zeitpunkt des Mauerbaus hatten über 2,7 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen verlassen.



Republikflucht via Fernsehen
© Bundesstiftung Aufarbeitung/Harald Schmitt, Bild 123

Westfernsehen

In den Folgejahren stabilisierte sich die Situation aus Sicht der SED zwar, aber auch verbesserte Lebensverhältnisse in der 1970er-Jahren konnten die Menschen nicht davon abbringen, nach Wegen zu suchen, die DDR zu verlassen. Eine zentrale Rolle bei der Informationsbeschaffung, die gleichsam eine „Sehnsucht“ nach dem Westen begründete, spielte das Fernsehen. Mit Ausnahme der südöstlichen und nordöstlichen Landesteile konnten die Menschen in der DDR westdeutsche Fernsehprogramme empfangen. So nahmen sie nicht nur an der bundesdeutschen (Fernseh-)Wirklichkeit und Werbewelt teil, sondern informierten sich mithilfe von Nachrichtensendungen wie der Tagesschau. Damit erfuhren sie nicht nur von Missständen in der DDR, sondern auch von geglückten Fluchten.

Fluchten

Immer wieder schafften es Menschen, teilweise auf spektakuläre Weise aus der DDR in die Bundesrepublik zu fliehen. Neben den klassischen Fluchtwegen, die bis 1961 auch über die Berliner S-Bahn führten (die Flüchtenden mussten sich im Nahverkehr nur den Kontrollen entziehen) wurde es mit dem Mauerbau zunehmend schwerer,

1988: Den Besuch des Regierenden Bürgermeisters in Ostberlin nutzten ausreisewillige Bürger, um vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik ihre Ausreise zu fordern.

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Klaus Mehner, Bild 88-0211-POL-Ausreise_08



die DDR zu verlassen. Einfallreich suchten die Fluchtwilligen neue Wege. So gelang es, mit Hilfe von westdeutschen Fluchthelfern Tunnel unter der Berliner Mauer zu graben. Die Familien Strelzyk und Wessel aus Thüringen wiederum sammelten still und heimlich Stoff für einen Heißluftballon, mit dem sie im September 1979 in die Bundesrepublik treiben ließen. Andere versuchten mit kleinen Booten oder gar schwimmend über die Ostsee in die Bundesrepublik oder nach Dänemark zu fliehen. Eine weitere Möglichkeit zur Flucht bot die Transitstrecke zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Nicht selten versteckten sich die Flüchtenden in Koffer- oder umgebauten Motorräumen. Gefragte Fluchtrouten führten auch über die „sozialistischen Bruderstaaten“. In der Annahme, dass dort die Grenzen in westliche Staaten weniger stark bewacht würden, versuchten viele Menschen etwa über Ungarn, Rumänien, Bulgarien oder die Tschechoslowakei ihrem Land zu entkommen. Ein Irrtum, wie sich oft herausstellte, denn auch dort wurde scharf kontrolliert oder auf Flüchtende geschossen. Einfacher hatten es die „Reisekader“, die beruflich, privat oder zu anderen Anlässen in die Bundesrepublik reisen durften. Nicht wenige - unter ihnen auch bekannte Sportlerinnen und Sportler -, entschieden sich nicht in die DDR zurückzukehren. Insgesamt belaufen sich die Flüchtlingszahlen zwischen 1961 und 1989 auf über 300.000 Menschen.

Ständige Ausreise

Wem eine Flucht zu riskant erschien, der versuchte über offizielle Wege in den Westen zu gelangen. Dabei war die Möglichkeit eines Antrags auf „Ständige Ausreise aus der DDR“ seitens der Behörden ursprünglich gar nicht vorgesehen. Aber mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki durch die DDR im Jahr 1975 änderte sich die Situation. Die Vereinbarung sollte die Beziehungen der Staaten in Europa auf eine neue Grundlage stellen. Für die DDR war sie vor allem interessant, weil sich die Unterzeichner unter anderem auf die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und „Nichteinmischung in innere An-

Grenzübergang Chausseestraße

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Klaus Mehner, Bild 72-0325-POL-Mauer-01



gelegenhaiten anderer Staaten“ einigen konnten. Dass auch die Achtung der Menschenrechte samt freier Wahl des Wohnsitzes Teil des Dokumentes war, nahm die SED-Führung zunächst nicht ernst. In den Folgejahren beriefen sich jedoch immer mehr Menschen auf diesen Passus und verlangten die Ausreise in die Bundesrepublik. Die oft jahrelange Antragsstellung, von der Staatssicherheit akribisch überwacht, bedeutete für die Antragsteller und ihre Familien Repressalien der Behörden und erhebliche Benachteiligungen (u.a. Berufsverbote). Die Zahl der Anträge stieg dennoch stetig an und erreichte jährliche Steigerungen von bis zu 50.000 Menschen.

Freikauf

Neben der Flucht und der Ausreise gab es noch einen dritten Weg in den Westen. Dieser Weg führte über die Haftanstalten der DDR. Danach verpflichtete sich die DDR politische Gefangene gegen die Anrechnung oder Zahlung einer bestimmten Summe in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Vermittelt wurde die Praxis über Anwaltskanzleien, zum Beispiel von DDR-Anwalt Wolfgang Vogel. So wurden zwischen 1963 und 1989 insgesamt 33.755 Menschen freigekauft. Der Freikauf war für viele politisch Inhaftierte in der DDR der letzte Hoffnungsschimmer, das verhasste Regime hinter sich zu lassen. Andererseits bedeutete er neben der Schwächung des oppositionellen Potenzials, eine wirtschaftliche Stärkung, der, an Devisen stets klammen DDR. Die Preise pro freigekauften Gefangenen schwankten im Durchschnitt zwischen 40.000 D-Mark und zuletzt bis zu 95.000 D-Mark.



WEITERFÜHRENDE LINKS

www.bpb.de

Deutschland Archiv zum Schwerpunkt „Unrechtsstaat DDR“

www.chronik-der-mauer.de

Übersicht der Fluchten über die Berliner Mauer und die Innerdeutsche Grenze

www.stasi-unterlagen-archiv.de

Themenschwerpunkt Stasi und Flucht auf den Seiten des Stasi-Unterlagen-Archivs

www.deutschlandfunk.de

Schwerpunktthema Häftlings-Freikauf beim Deutschlandfunk

www.bpb.de

Interview mit dem früheren Staatssekretär Ludwig A. Rehlinger zum Thema Freikauf

AUSZÜGE AUS DEM INTERVIEW MIT PETER KEUP

Kindheit und Jugend

Ich bin in Radebeul bei Dresden geboren. Meine Eltern sind zwei Jahre vor meiner Geburt aus der Bundesrepublik in die DDR gekommen, da mein Vater Kommunist war. Nach dem Verbot der KPD wollte er seinen Weg im anderen, vielleicht besseren Teil Deutschlands gehen. Meine Mutter hatte mit der kommunistischen Ideologie nichts zu tun, folgte aber meinem Vater und ließ sich von den Behörden versichern, dass sie ihre Eltern in Essen weiterhin würde besuchen dürfen. Mit dem Bau der Berliner Mauer änderte sich die Situation aber und Besuchsreisen in den Westen waren nun nicht mehr möglich. Ich glaube, meine Mutter hat sich von Beginn an in der DDR eingesperrt gefühlt.

Später durften meine Großeltern uns in der DDR besuchen und ich habe ein enges Verhältnis zu ihnen aufgebaut. Mir fiel recht schnell auf, dass sich ihre Schilderungen nicht mit der DDR-Propaganda deckten, die ich aus der Schule kannte. Ich wuchs mit zwei Meinungen im Kopf auf. In der Schule war ich recht angepasst und Mitglied der Pioniere und später der FDJ, hatte aber im Hinterkopf die persönliche Bindung an den Westen.



Peter Keup als Kind
© Peter Keup

Ausreiseantrag

Als kleines Kind habe ich es nicht so recht begriffen, aber als ich älter wurde, war kaum zu übersehen, dass meine Mutter unglücklich war und sich in der DDR eingesperrt fühlte. In der Familie wurde nun offen darüber diskutiert, ob und wie wir in den Westen gelangen könnten. Mein Vater war dagegen, gab aber schließlich nach: Meine Eltern stellten einen Antrag auf „Ständige Ausreise aus der DDR“. Ich besuchte zu dieser Zeit bereits die zehnte Klasse einer Erweiterten Oberschule (EOS), Ziel war das Abitur. Gleich am ersten Tag, nachdem wir den Antrag gestellt hatten, musste ich ins Büro der Lehrerin. Sie sagte, wir seien Verräter und wüssten die Vorzüge der DDR nicht zu schätzen. Ich könne aber weiterhin die EOS besuchen, wenn ich mich vom Ausreiseantrag meiner Eltern distanzieren würde. Der Staat würde eine andere Familie für mich finden, mit meinen Eltern hätte ich nichts mehr zu tun. Ich habe das abgelehnt und musste die Schule am Ende der zehnten Klasse verlassen.

Nach dem Verlassen der Schule habe ich eine Berufsausbildung als Schriftsetzer gemacht. Das erscheint mir anspruchsvoll, es hat ja etwas mit Buchdruck zu tun. Ich habe dann aber Beipackzettel in mir unbekanntenen Sprachen gesetzt.

Tanzen als Ventil

Ich wollte weiter Sport treiben, durfte aber in keinem staatlichen

KURZBIOGRAFIE PETER KEUP

Peter Keup wurde 1958 in Radebeul bei Dresden geboren. Da sein Vater Kommunist war, zog die Familie vor seiner Geburt aus der Bundesrepublik in die DDR. Nach dem Bau der Berliner Mauer waren Besuchsreisen in den Westen nicht mehr möglich und Keups Mutter fühlte sich zunehmend eingesperrt. Im Jahr 1974 stellte die Familie einen Ausreiseantrag. In dessen Folge musste Peter Keup die Schule verlassen und eine Ausbildung zum Schriftsetzer absolvieren. Die Mitgliedschaft in staatlichen Sportvereinen war nicht mehr möglich, Keup fand jedoch im privat organisierten Turniertanz neue Möglichkeiten. Reisen zu Turnieren ins westliche Ausland blieben aber tabu und er entschloss sich, die DDR illegal zu verlassen. Gemeinsam mit einem anderen Mann wollte er von Ungarn aus nach Österreich gelangen. Die Flucht wurde jedoch bereits im Zug vereitelt. Nachdem er kein Rückfahrticket vorzeigen konnte, musste Peter Keup den Zug verlassen und wurde in die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Dresden überführt. Er wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt, die er in der Strafvollzugsanstalt Cottbus verbrachte. Im Zuge eines Gefangenenfreikaufs kam er im März 1982 in die Bundesrepublik.



Das vollständige
Interview mit
Peter Keup finden Sie
unter [youtu.be/
EKZukN-umZE](https://youtu.be/EKZukN-umZE)





Peter Keup bei einem Tanzturnier
© Peter Keup

Sportclub der DDR mehr Mitglied sein. Es gab aber private Tanzsportclubs und so bin ich mit meiner Schwester beim Gesellschaftstanz gelandet, was für mich wie ein Rettungsanker war. 1981 wurden wir als Tanzpaar dritte der DDR-Meisterschaft und waren fortan Teil der Nationalmannschaft, aber die Funktionäre bauten ständig Druck auf und wollten uns zur Zurücknahme des Ausreiseantrags bewegen. Ich habe in der Folge für mich entscheiden, die DDR illegal zu verlassen.

Fluchtplan

Die einzige Person, die ich in meine Pläne eingeweiht habe, war meine Mutter. Über eine Bekannte von ihr kam der Kontakt zu einem Mann zustande, der ebenfalls flie-

hen wollte und der bereits konkrete Pläne hatte. Er wollte nach Ungarn reisen und dort durch einen Seitenarm der Donau nach Österreich schwimmen. Ich vertraute ihm und wollte diesen Weg auch gehen. Wir einigten uns darauf, uns in Ungarn zu treffen und dort gemeinsam die Flucht zu versuchen. Leider wurde im Sommer 1981 mein Visum für Ungarn abgelehnt und mir blieb nur übrig, aus der Tschechoslowakei illegal die Grenze zu Ungarn zu überqueren.

Ich bestieg den Zug nach Bratislava, um möglichst nah an die ungarische Grenze zu gelangen. Bei der Fahrkartenkontrolle wurde ich nach der Rückfahrkarte gefragt. Das war für mich neu, niemals vorher wollte die jemand sehen. Da ich sie nicht hatte, musste ich den Zug verlassen und wurde verhört. Zunächst habe ich alles abgestritten, aber nach fast zwei Tagen habe ich eingesehen, dass Widerstand sinnlos ist und gab alles zu.

Untersuchungshaft und Prozess

Nach der Verhaftung ging es in einem Lieferwagen mit sehr kleinen Zellen in rasanter Fahrt in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt Dresden, was ich aber damals nicht wusste. Ich war dort allein in einer sehr spartanisch eingerichteten Zelle und musste in einer bestimmten Liegeposition schlafen. Mit Namen sprachen die Wärter mich nicht an, ich war nun „13/1“. Zum Vernehmer hatte ich ein recht vertrautes Verhältnis, die Verhöre waren fast wie normale Begegnungen zwischen zwei Menschen. Mir war natürlich trotzdem klar, dass er es nicht wirklich gut mit mir meinte.

Bei der Gerichtsverhandlung sagte ich nur meinen Namen, ansonsten sprach mein Anwalt. Es war schon überraschend zu hören, dass er mich kaum verteidigte. Ich bekam zehn Monate Gefängnis wegen der Vorbereitung zur Republikflucht, damit waren alle einverstanden. Ich aber fragte mich: „Was habe ich denn eigentlich Schlimmes gemacht?“

Strafvollzug und ein Ausweg

Die Ankunft in der Strafvollzugsanstalt Cottbus war für mich ein Schock. Ich kam aus der Isolationshaft und musste mir nun mit sechzehn Mitgefangenen die Zelle teilen. Später waren wir zu neunt und mussten jeden Tag im Schichtsystem arbeiten. Die Stimmung war insgesamt recht aggressiv und brutal, aber ich freundete mich mit einem Mitgefangenen an, der mich sehr aufgebaut hat und zu dem ich bis heute ein gutes Verhältnis habe. Eines Tages musste ich meine Sachen packen und kam „auf Transport“, ich wurde also in eine andere Haftanstalt gebracht. Damals wusste ich es nicht, aber meine Mutter hatte Kontakt mit der Kanzlei des Anwalts Wolfgang Vogel aufgenommen. Zusammen mit anderen politischen Häftlingen wurde ich von der Bundesrepublik freigekauft, wofür ich bis heute sehr dankbar bin.

Ich wurde aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen und fuhr gemeinsam mit anderen Häftlingen mit einem Reisebus in den Westen. Als wir die Grenze passiert hatten, sagte der Busfahrer: „Sie atmen jetzt keine gesiebte Luft mehr.“

Peter Keup kurz nach seiner Verhaftung

© Peter Keup



AUFGABENSTELLUNG

ZUM VERSCHRIFTLICHEN INTERVIEW MIT PETER KEUP

1. Die Familie Keup zog freiwillig in die DDR. Welche Gründe nennt Peter Keup dafür im Interview?
2. Überlegen Sie, warum seine Eltern bereit waren, die DDR wieder zu verlassen und warum sie einen Antrag auf „Ständige Ausreise aus der DDR“ stellten.
3. Erarbeiten Sie aus dem Interview die Folgen des Ausreiseantrages für die Familie.
4. Erarbeiten Sie aus dem Interview die möglichen Gründe für die Entscheidung von Peter Keup zur Flucht.
5. Peter Keup wurde wegen der „Vorbereitung der Republikflucht“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.
 - a. Er fragte sich selbst „Was habe ich denn eigentlich Schlimmes gemacht?“. Antworten Sie ihm aus der Sicht eines DDR-treuen Bürgers.
 - b. Vergleichen Sie das Urteil mit dem Auszug aus dem Gesetzbuch der DDR. Welche anderen Urteilmöglichkeiten hätte es für „Republikflucht“ gegeben und welche weiteren Folgen hätte ein härteres Urteil haben können?
 - c. Nehmen Sie vor dem Hintergrund des Menschenrechtes „Recht auf Bewegungsfreiheit“ Stellung zum verhängten Urteil.
6. Peter Keup wurde wie viele andere politische Gefangene von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft. Informieren Sie sich über diese Praxis und erarbeiten Sie folgende Aspekte:
 - a. Welche Gründe hatte die DDR, dem Freikauf von politischen Gefangenen zuzustimmen?
 - b. Aus welchen Gründen kaufte die Bundesrepublik der DDR politische Gefangene ab?
 - c. Wie lief der „Freikauf“ konkret ab?
 - d. Welche Rolle spielte der Anwalt Wolfgang Vogel beim Gefangenenfreikauf?
 - e. Beurteilen Sie die Praxis des Gefangenenfreikaufes aus heutiger Sicht.

AUSZUG AUS DEM DDR-STRAFGESETZBUCH

Durch Gesetz vom 28. Juni 1979 wurde der § 213 wie folgt geändert:

– die Abs. 1, 2 und 3 erhielten folgende Fassung:

„(1) Wer widerrechtlich die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik passiert oder Bestimmungen des zeitweiligen Aufenthalts in der Deutschen Demokratischen Republik sowie des Transits durch die Deutsche Demokratische Republik verletzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik rechtswidrig nicht oder nicht fristgerecht in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehrt oder staatliche Festlegungen über seinen Auslandsaufenthalt, verletzt.

(3) In schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu acht Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn

1. die Tat Leben oder Gesundheit von Menschen gefährdet;
2. die Tat unter Mitführung von Waffen oder unter Anwendung gefährlicher Mittel oder Methoden erfolgt;
3. die Tat mit besonderer Intensität durchgeführt wird;
4. die Tat durch Urkundenfälschung (§ 240), Falschbeurkundung (§ 242) oder durch Mißbrauch von Urkunden oder unter Ausnutzung eines Verstecks erfolgt;
5. die Tat zusammen mit anderen begangen wird;
6. der Täter wegen ungesetzlichen Grenzübertritts bereits bestraft ist.“

– der bisherige Absatz 3 des § 213 wurde Absatz 4.

AUFGABENSTELLUNG ZUM VIDEO-INTERVIEW MIT PETER KEUP

Das vollständige Interview mit Peter Keup finden Sie unter youtu.be/EKZUKN-umZE



Notieren Sie sich während des Interviews zu folgenden Themenfeldern Stichpunkte zur anschließenden Besprechung.

Hintergrund / Familie Gründe für Leben in der DDR		Persönliche Bezüge zur Bundesrepublik Deutschland	
Gründe der Familie für den Ausreiseantrag		Direkte Folgen des Ausreiseantrages für die Familie	
Gründe für Peter Keup, einen Fluchtversuch zu unternehmen		Welchen Fluchtweg wählte Peter Keup?	
Wie kam es zur Verhaftung?		Ablauf des Verfahrens	
Was erfahren Sie über die Haftbedingungen / Verhöre?		Welches Urteil erhielt Peter Keup?	
Folgen des Urteils?		Ausweg für Peter Keup aus der Haft?	
Wie beurteilt Peter Keup seine Erfahrungen mit der DDR?		Wie steht Peter Keup zum „Freikauf“?	

AUFGABENSTELLUNG

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN ZUM VIDEO-INTERVIEW

1. Peter Keup wurde wegen der „Vorbereitung der Republikflucht“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.
 - a. Er fragte sich selbst „Was habe ich denn eigentlich Schlimmes gemacht?“. Antworten Sie ihm aus der Sicht eines DDR-treuen Bürgers.
 - b. Vergleichen Sie das Urteil mit dem Auszug aus dem Gesetzbuch der DDR. Welche anderen Urteilmöglichkeiten hätte es für „Republikflucht“ gegeben und welche weiteren Folgen hätte ein härteres Urteil haben können?
 - c. Nehmen Sie vor dem Hintergrund des Menschenrechtes „Recht auf Bewegungsfreiheit“ Stellung zum verhängten Urteil.

2. Peter Keup wurde, wie viele andere politische Gefangene, von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft. Informieren Sie sich über diese Praxis und erarbeiten Sie folgende Aspekte:
 - a. Welche Gründe hatte die DDR, dem Freikauf von politischen Gefangenen zuzustimmen?
 - b. Aus welchen Gründen kaufte die Bundesrepublik der DDR politische Gefangene ab?
 - c. Wie lief der „Freikauf“ konkret ab?
 - d. Beurteilen Sie den Gefangenenfreikauf aus heutiger Sicht.



Peter Keup als Jugendlicher

© Peter Keup

In der DDR haben Menschen zu jeder Zeit Widerstand geleistet und gegen die Herrschaft der SED opponiert. Im Gegensatz zu den meisten mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten konnten sich im Osten Deutschlands jedoch erst in den 1980er-Jahren größere oppositionelle Gruppen bilden und vernetzen. Einer der Gründe war, dass die SED und das Ministerium für Staatssicherheit, hart ge-



Nationales Jugend Festival der DDR in Ost-Berlin, 1979

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Harald Schmitt, Bild 146

gen Andersdenkende vorgingen. In den 1950er-Jahren wurde öffentlicher Protest nicht selten mit dem Tode bestraft, wie beim Leipziger Studenten Herbert Belter, der 1951 in Moskau hingerichtet wurde. In diesen Jahren waren politische Prozesse an der Tagesordnung, Widerstand sollte im Keim erstickt werden. Beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde dennoch deutlich, dass große Teile der Bevölkerung die Politik der SED ablehnten und die offene Auseinandersetzung suchten.

Prominente Dissidenten

Kritik an der Politik der SED kam in den Folgejahren von vielen Seiten. Ein prominenter Wortführer des Widerstands war der Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann, dessen Tötung die Staatssicherheit plante. Aber auch aus den eigenen Reihen gab es von kritischen SED-Mitgliedern Widerspruch. Einige der bekanntesten waren der Chemiker Robert Havemann, der Philosoph Rudolf Bahro und der Liedermacher Wolf Biermann. Sie kritisierten die Politik der SED und forderten alternative Wege zum Sozialismus. Havemann wurde aus der Partei ausgeschlossen und später unter Hausarrest gestellt, Bahro verhaftet und zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Begnadigung konnte er in die Bundesrepublik ausreisen. Biermann wurde während einer Tournee in der Bundesrepublik ausgebürgert und erhielt ein Einreiseverbot.

„Immer bereit“ – die Militarisierung des Alltags

Die DDR war ein sozialistischer Staat nach sowjetischem Muster, der von seinen Bürgerinnen und Bürgern vor allem Anpassung verlangte. Eine pluralistische Gesellschaftsordnung, in der unterschiedliche Meinungen und Interessen artikuliert und akzeptiert werden, gab es nicht. Der Mensch sollte sich in die Gesellschaft einfügen und seine Zustimmung zum SED-System kundtun. Symptomatisch dafür sind die staatlich organisierten Massenkundgebungen. Aber auch im Alltag spielte die gewünschte Unterordnung eine besondere Rolle und nahm häufig militärische Züge an. Besonders deutlich wurde dies an den Schulen: Die Kinder und Jugendlichen sollten Mitglied der Pioniere bzw.

1987: Friedensgruppen und Mitglieder der Kirche von Unten (KvU) organisieren ihren eigenen Kirchentag.

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Klaus Mehner, Bild 87-0627-REL-EvKtVU-05

der FDJ sein, entsprechende Blusen und Halstücher tragen, zum Fahnenappell „strammstehen“ und gemeinsam kommunistische Kampflieder singen. In Fächern wie Staatsbürgerkunde oder Wehrkunde wurde ein festes Freund-Feind-Schema vermittelt. Der Zwang zum „Uniformierten“ provozierte aber auch Widerspruch und politisierte viele Menschen, die der DDR ansonsten eher neutral gegenüberstanden. Aus den kirchlich organisierten Friedensgruppen kamen Forderungen nach Abrüstung und nach einer Alternative zum Wehrdienst.

Jugendsubkulturen

Widerspruch erhielt die SED auch von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich an westlichen Jugendkulturen und Subkulturen orientierten. Die Halbstarke, Beatfans, Blues-Kunden, Punks und Gothics waren zwar zu ihrer Zeit stets Minderheiten, aber sie lebten mitten im „Arbeiter- und Bauernstaat“ ihren Individualismus für alle sichtbar aus. Mit ihrer Vorliebe für anglo-amerikanische Musik untergruben sie zudem das offizielle Bild vom feindlichen Westen. Die SED antwortete darauf häufig mit Kriminalisierung und Repression. So wurden Mitglieder der relativ kleinen, aber aufgrund ihrer Kleidung sehr sichtbaren Punk-Szene zu Beginn der 1980er-Jahre regelmäßig verhaftet, in Jugendwerkhöfe eingewiesen oder zur Ausreise gedrängt. Viele der Betroffenen entwickelten als Reaktion darauf eine Widerstandshaltung und lehnten die DDR grundsätzlich ab.

Bürgerrechtsgruppen

Bereits seit Mitte der 1970er-Jahre entstand in den größeren Städten der DDR eine kritische politisch-alternative Szene. Sie speiste sich vornehmlich aus jungen Menschen, die beflügelt durch den KSZE-Prozess 1975 und die Biermann-Ausbürgerung 1976 Freiheits- und Bürgerrechte einforderten. In den Jahren 1981 bis 1986 formierten sich unter dem Schutzdach der evangelischen Kirche zahlreiche Menschenrechts-, Friedens-, und Umweltgruppen. Besondere Bedeutung hatten die kirchenunabhängige „Initiative

Punks in Berlin, 1983

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Harald Hauswald-Bild 891001hh13



Frieden und Menschenrechte“ sowie die „Umweltbibliothek“ in Berlin, in deren Räumlichkeiten in der Zionskirchgemeinde die „Umweltblätter“ und der „Grenzfall“ gedruckt wurden. Die basisdemokratisch ausgerichteten Gruppen organisierten Seminare, Foren und Mahnwachen. Gegen Ende der 1980er-Jahre agierten sie immer offener, verließen den Schutzraum der Kirchen und schlossen sich zu überregionalen Netzwerken zusammen. Einigen Gruppen gelang es im Frühjahr 1989, den Wahlbetrug bei den DDR-Kommunalwahlen nachzuweisen. Dieser Nachweis bedeutete eine weitere öffentliche Demaskierung der SED und war eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Friedlichen Revolution.

Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde als Geheimpolizei nach sowjetischem Vorbild gegründet, um die Macht der SED gegen innere und äußere Feinde zu sichern. Die Behörde wuchs während der Zeit ihres Bestehens auf rund 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter an und war in allen Gesellschaftsbereichen präsent. Um an Informationen zu gelangen, überwachte sie den Post- und Telefonverkehr oder warb Spitzel an, die umfangreiche Berichte über ihre Mitmenschen lieferten. Diese „Inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) wurden zum Sinnbild eines Dienstes, der alles daran setzte, vermeintliche oder echte Staatsfeinde zu finden. Die Staatssicherheit schreckte vor Mord und Entführung ebenso wenig zurück, wie vor der Kriminalisierung oder gar „Zersetzung“ ihrer Opfer. Ihr Wirken hinterließ einen Aktenbestand von rund 111 Kilometern Länge sowie unzählige Tonbänder und Fotografien. Im Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991 wurde geregelt, dass eine neu geschaffene Behörde, der bzw. die „Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen“ (BStU), die Akten und Medien verwaltet, aufbereitet und archiviert. Betroffene können dort private Akteneinsicht beantragen.



WEITERFÜHRENDE LINKS

www.bpb.de

Deutschland Archiv-Schwerpunkt „Regimebehauptung und Widerstand“

www.havemann-gesellschaft.de

Das Archiv der DDR-Opposition auf den Seiten der Robert-Havemann-Gesellschaft

www.stasi-unterlagen-archiv.de

Themenschwerpunkt „Widerstand und Opposition“ auf den Seiten des des Stasi-Unterlagen-Archivs

www.deutschlandfunkkultur.de

Rundfunkbeitrag mit dem Schwerpunkt „Punkrock in der DDR“

AUSZÜGE AUS DEM INTERVIEW MIT EVELYN ZUPKE

Aufwachsen im SED-Staat

Ich bin in Binz auf der Insel Rügen geboren. Meine Mutter war Lehrerin, deshalb wurde von mir erwartet, dass ich mich anpasse. Das funktionierte zunächst gut, ich war Mitglied bei den Jung- und Thälmannpionieren und später bei der FDJ. Nach der achten Klasse besuchte ich eine Erweiterte Oberschule (EOS) und strengte mich zunächst auch sehr an. Ich wollte eine gute Schülerin sein und das Abitur machen. Aber die Dinge änderten sich, ich wurde älter und rebellischer und nahm mein Umfeld und meine Mitmenschen aufmerksamer wahr. Ich stellte Fragen und musste wegen kritischer Äußerungen häufig zum Schuldirektor. Von uns wurden damals Unterwerfungsrituale verlangt. Als ein Mitschüler in der elften Klasse seine frühere Entscheidung, Berufsoffizier zu werden, zurücknahm, musste er sich seiner Klasse, den Lehrern und Funktionären gegenüber öffentlich erklären. Er sollte gedemütigt werden und seine Entscheidung zurücknehmen. Meine Freundin und ich waren die einzigen, die ihn verteidigt haben, die anderen hatten Angst. Solche Situationen zeigten mir, wie scheinheilig und verlogen das Bildungssystem der DDR war.



Evelyn Zupke bei der Einschulung
© Evelyn Zupke

Einstieg ins Berufsleben

Nach der zwölften Klasse hatte ich das Abitur, aber zum Studium hätte man mich aus politischen Gründen nicht zugelassen. Ich zog zu Hause aus, lernte meinen ersten Mann kennen und betrieb mit ihm gemeinsam ein Terrassencafé an der Strandpromenade von Binz. Nach zwei oder drei Jahren sehnte ich mich nach etwas Anderem und fing an, Veranstaltungen der Kirche zu besuchen.

Als 1984 die Kommunalwahlen anstanden, habe ich meinen Mann überzeugt, nicht wählen zu gehen. Wir wussten ja alle, dass Wahlen in der DDR eine Farce waren, da wollte ich nicht mitmachen. Ab diesem Zeitpunkt veränderte sich die Stimmung im Betrieb und wir wurden schikaniert. Wir sind zunächst nach Anklam gezogen, haben in einer kirchlichen Einrichtung gearbeitet und ich begann mit einer Ausbildung zur Heilerziehungspflegerin. Unsere Ehe hielt aber nur ein Jahr, ich bin dann 1987 mit unserem Sohn nach Berlin gegangen und arbeitete bei der Stephanus-Stiftung im Stadtteil Weißensee.

Friedenskreis Weißensee

In Berlin lernte ich schnell viele interessante und kluge Menschen kennen, die sich dort in den unterschiedlichen „Gruppen“ engagierten. Es gab zum Beispiel die Umweltbibliothek, dort wurden in einem Keller die „Umweltblätter“ und der „Grenzfall“ gedruckt.

KURZBIOGRAFIE EVELYN ZUPKE

Evelyn Zupke wurde 1962 in Binz auf der Insel Rügen geboren. Sie war Mitglied der Jung- und Thälmannpioniere sowie der FDJ, begann aber im Jugendalter, ihre Umgebung aufmerksamer und kritischer wahrzunehmen und geriet in Konflikte mit der Schulleitung. Nach dem Abitur betrieb sie mit ihrem damaligen Ehemann ein Café in Binz und weigerte sich, an den Wahlen in der DDR teilzunehmen. Später zog sie nach Berlin, arbeitete als Heilerziehungspflegerin bei einer kirchlichen Einrichtung und engagierte sich im „Weißenseer Friedenskreis“. Sie war maßgeblich daran beteiligt, dass die Gruppe im Frühjahr 1989 den Wahlbetrug bei der Kommunalwahl in der DDR nachweisen konnte. Sie und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter erstatteten Strafanzeige und wurden in der Folge von der Staatssicherheit überwacht. Dennoch druckten sie weiterhin Flugblätter und riefen zu öffentlichen Protestaktionen auf, die die Staatssicherheit mit Gewalt zu verhindern suchte.

Das vollständige Interview mit Evelyn Zupke finden Sie unter youtu.be/5UAWvH1Gczg



In meinem Stadtteil gab es den „Weißenseer Friedenskreis“, dem ich mich angeschlossen hatte. Wir haben Veranstaltungen organisiert und viel über politische Dinge diskutiert, über die Führungsrolle der SED und über alternative Gesellschaftsformen. Was wir taten, war in der DDR aber illegal und wir wussten nie, ob wir nicht für längere Zeit hinter Gefängnismauern verschwinden würden.

Wahlen als Farce

Wir haben immer überlegt, wie wir möglichst viele Menschen erreichen und mobilisieren könnten. Die Stimmung im Land war gegen Ende der 1980er-Jahre von Resignation gekennzeichnet. Viele dachten sich: „Hier kann man eh nichts ändern. Wenn ich etwas mache, dann habe ich nur Nachteile davon.“ Das ist in einer Diktatur eines der größten Druckmittel der Herrschenden. Wir wollten die Menschen dazu bewegen, kritisch über ihr Land nachzudenken, sie sollten bereit sein, etwas zu verändern. Wir dachten uns, wenn es ein Thema gibt, bei dem das gelingen könnte, dann bei den Wahlen, denn es war ein offenes Geheimnis, dass Wahlbetrug stattfand. Wir wollten die Kommunalwahlen im Mai 1989 nutzen, um diesen Betrug nachzuweisen. Wir studierten das Wahlgesetz und fanden zu unserer Überraschung heraus, dass die Auszählung der Stimmen öffentlich war.

Wenn wir es schaffen würden, in einem Stadtteil in allen Wahllokalen bei der Auszählung präsent zu sein, dann hätten wir verlässliche Zahlen, die wir mit dem offiziellen Wahlergebnis abgleichen könnten.



Der Weißenseer Friedenskreis
© Siegbert Schefke

Am Wahltag waren wir tatsächlich in allen Wahllokalen dabei und trugen die Zahlen zusammen. Als Egon Krenz am Abend im DDR-Fernsehen die offiziellen Wahlergebnisse verkündete, war uns sofort klar, dass diese Werte nicht stimmen konnten. Es gab in der DDR aber nicht viele Möglichkeiten, sich juristisch oder politisch zu wehren. Wir haben sogenannte „Eingaben“ zu allen möglichen offiziellen Stellen geschickt und auch Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. Ich wurde zur Staatsanwaltschaft vorgeladen, dort sagte man mir wörtlich: „Es kann nur eine Wahrheit geben, und die steht im Neuen Deutschland“.

Protest

Nachdem wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft hatten, gingen wir zum offenen Protest über. Am 7. Tag jedes Monats um 17:00 Uhr wollten wir gegen den

Wahlbetrug protestieren. Das war aber sehr schwierig, weil die Staatssicherheit mich unter eine Art „Hausarrest“ gestellt hatte und die anderen sofort verhaftet wurden, wenn sie mit Transparenten das Kirchengelände verlassen wollten. Als nächstes wollten wir auf dem Berliner Alexanderplatz zusammenkommen, mit Buchstaben auf den T-Shirts, die den Satz „7. Mai Wahlbetrug“ ergeben hätten. Es waren aber am 7. September so viele „Stasi-Leute“ auf dem Platz, dass

wir nur für ungefähr eine Sekunde unsere Jacken ausziehen konnten und danach sofort brutal abgeführt wurden. Ich hatte am ganzen Körper Hämatome, ein Freund einen gebrochenen Arm.



Evelyn Zupke bei der Jugendweihe, 1976
© Evelyn Zupke

Ab dem 7. Oktober wurden die Demonstrationen sehr viel größer, es ging dann auch nicht mehr nur um Wahlbetrug. Polizei und Staatssicherheit griffen sehr hart durch. Erst am 9. Oktober in Leipzig entschied sich, dass es friedlich bleiben würde. Es waren einfach zu viele Menschen auf den Straßen.

Die Staatssicherheit

Uns war von Anfang an klar, dass es unsinnig war, konspirativ vorzugehen. Die Staatssicherheit hatte überall ihre Spitzel. Später erfuhren wir, dass man unter dem Decknamen „Symbol 89“ alle unsere Aktionen sehr genau beobachtet und dokumentiert hatte. Sie haben uns häufig zu Verhören abgeholt und versucht, uns unter Druck zu setzen. Es fielen dann Sätze wie: „Denken Sie doch auch mal an Ihr Kind.“ Ich habe dann einfach immer geschwiegen. Wir erfuhren im Nachhinein aus den Akten, dass in unserer Gruppe ein Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi aktiv war. Es überraschte uns nicht so sehr. Wir haben ihm alle nicht ganz getraut. Die menschliche Enttäuschung hielt sich daher für mich in Grenzen.

ZUM VERSCHRIFTLICHEN INTERVIEW MIT EVELYN ZUPKE

1. Markieren Sie im Interviewtext wichtige Aussagen zu folgenden Themen:
 - a. Hintergrund / Familiengeschichte
 - b. Gründe für die Anpassung
 - c. Zeitpunkt und Umstände der ersten Kritik
 - d. Folgen der kritischen Haltung
 - e. Beweggründe für das Engagement in der kirchlichen Opposition
 - f. Methoden der Staatssicherheit
2. Recherchieren Sie, welche Themen von den Bürgerrechtsgruppen in der DDR in den 1980er-Jahren aufgegriffen wurden. Stellen Sie die Themen anschaulich in einer Mind Map dar.
3. Recherchieren Sie zu den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989 und zu den Versuchen der Opposition, den Wahlbetrug aufzudecken. Zeigen Sie die Möglichkeiten zur Wahlbeobachtung, zum Widerspruch gegen die Ergebnisse und die Reaktionen des Staates auf.
4. Die Staatssicherheit der DDR versuchte, kritische Menschen und Gruppen zu „zersetzen“ und zum Schweigen zu bringen.
 - a. Arbeiten Sie aus den unten abgedruckten Richtlinien zur Zersetzung die Methoden der Staatssicherheit heraus.
 - b. Beurteilen Sie, inwieweit dies dem Anspruch eines demokratischen Staates entspricht.
5. Diskutieren Sie, welchen Einfluss die Aktivitäten von Evelyn Zupke und des Weißenseer Friedenskreises auf den Verlauf der Friedlichen Revolution hatten.

ZUR ENTWICKLUNG UND BEARBEITUNG OPERATIVER VORGÄNGE (OV)

2.6.2. Formen, Mittel und Methoden der Zersetzung

Die Festlegung der durchzuführenden Zersetzungsmaßnahmen hat auf der Grundlage der exakten Einschätzung der erreichten Ergebnisse der Bearbeitung des jeweiligen Operativen Vorganges, insbesondere der erarbeiteten Ansatzpunkte sowie der Individualität der bearbeiteten Personen und in Abhängigkeit von der jeweils zu erreichenden Zielstellung zu erfolgen.

Bewährte Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;
- Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;
- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z.B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw.

Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige, bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen.

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind:

- das Heranführen bzw. der Einsatz von IM, legiert als Kuriere der Zentrale, Vertrauenspersonen des Leiters der Gruppe, übergeordnete Personen, Beauftragte von zuständigen Stellen aus dem Operationsgebiet, andere Verbindungspersonen usw.;
- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z.B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen;
- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;
- gezielte Indiskretionen bzw. das Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen des MfS;
- die Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung.

Diese Mittel und Methoden sind entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Operativen Vorganges schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln.

AUFGABENSTELLUNG ZUM VIDEO-INTERVIEW MIT EVELYN ZUPKE

Das vollständige
Interview mit
Evelyn Zupke finden Sie
unter [youtu.be/
5UAvh1Gczg](https://youtu.be/5UAvh1Gczg)



Notieren Sie sich während des Interviews zu folgenden Themenfeldern Stichpunkte zur anschließenden Besprechung.

Hintergrund / Familie		Wie beurteilt Evelyn Zupke im Rückblick die DDR bzw. ihr Leben?	
Gründe für Evelyn Zupke sich zunächst anzupassen		Was erfahren wir über die Einsicht in die Stasi-Akten?	
Zeitpunkt und Umstände der ersten Kritik am System		Wie versuchte die Opposition, die Bürger in der DDR zu erreichen?	
Folgen von Evelyn Zupkes kritischer Haltung		Welche Methoden nutzte die Staatssicherheit?	
Beweggründe für das Engagement in der kirchlichen Opposition		Wie beurteilt Evelyn Zupke ihre eigene Rolle innerhalb der Friedlichen Revolution?	

AUFGABENSTELLUNG

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN ZUM VIDEO-INTERVIEW

1. Recherchieren Sie, welche Themen von den Bürgerrechtsgruppen in der DDR in den 1980er-Jahren aufgegriffen wurden. Stellen Sie die Themen anschaulich in einer Mind Map dar.
2. Die Staatssicherheit versuchte kritische Menschen und Gruppen zu „zersetzen“ und zum Schweigen zu bringen. Recherchieren Sie die Methoden der Stasi und beurteilen Sie diese vor dem Hintergrund der Allgemeinen Menschenrechte.
3. Recherchieren Sie zu den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989 und zu den Versuchen der Opposition, den Wahlbetrug aufzudecken. Sie die Möglichkeiten zur Wahlbeobachtung, zum Widerspruch gegen die Ergebnisse und die Reaktionen des Staates auf.
4. Diskutieren Sie, welchen Einfluss die Aktivitäten von Evelyn Zupke und des Weißenseer Friedenskreises auf den Verlauf der Friedlichen Revolution hatten.



..... Evelyn Zupke in einem Ferienlager, 1972
© Evelyn Zupke

Die Friedliche Revolution in der DDR war Teil der großen Umbrüche, die Mittel-, Ost und Südosteuropa in den Jahren 1989/90 erfasste. Die herrschenden kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten der Sowjetunion verloren ihre Macht. Sie beugten sich dem Druck ihrer Bürger und verhandelten bald mit Bürgerrechtlern und Vertretern neu gegründeter Parteien an „runden Tischen“ oder wurden gleich entmachtet. Die Revolutionen wiesen zwar in jedem Land eigene Merkmale auf. Die zugrundeliegenden Ursachen waren aber ähnlich: Machtmissbrauch der Herrschenden, eine nicht mehr tragende Ideologie und ein wirtschaftlicher Niedergang. Dazu kam der Wunsch nach Freiheitsrechten und das Erstarken der Zivilgesellschaft. Impulse dafür gingen von Michail Gorbatschow und seinen Reformen in der Sowjetunion aus. Den Anfang der Demokratisierungsprozesse machten Polen und Ungarn, es folgten die DDR und schließlich die Tschechoslowakei und Rumänien. Die Umbrüche läuteten das Ende des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation ein und schufen die Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Vorboten des Zusammenbruchs

Die Zweiteilung Europas schien zu Beginn der 1980er-Jahre in Stein gemeißelt. Doch unter der Oberfläche hatte längst ein Verfall der Macht der regierenden Parteien in der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten begonnen. Die kommunistische Bewegung konnte den Menschen keine lohnende Perspektive mehr bieten und innerhalb der herrschenden Parteien gewannen reformorientierte Kräfte zunehmend an Einfluss. Dies zeigte sich am deutlichsten in der Sow-

jetunion. Mit dem Antritt von Michail Gorbatschow als Generalsekretär wollte die KPdSU das Riesenreich vor dem wirtschaftlichen Kollaps bewahren. Frische Ideen sollten das Land nach Jahrzehnten des Stillstands zukunftsfähig machen. Die Strahlkraft des neuen Mannes an der Spitze reichte weit über die Grenzen seines eigenen Landes hinaus. Die Menschen im gesamten sowjetischen Machtbereich verbanden mit der Person Gorbatschow und seiner Politik die Hoffnung auf Veränderungen. Bei der SED allerdings verhallte die Forderung des Generalsekretärs nach mehr Offenheit und weniger Zensur („Glasnost“) sowie einem Umbau der Gesellschaft („Perestroika“).

„Hauptsache raus“ – die Fluchtwelle

Ungarn war zwar Teil des Warschauer Paktes und somit der sowjetischen Einflussphäre, aber die Verhältnisse waren seit dem niedergeschlagenen Volksaufstand von 1956 deutlich liberaler als in den Nachbarstaaten. Die ungarische Regierung war es auch die bereits im Mai 1989 begann mit Wissen der sowjetischen Führung um Michail Gorbatschow die Sicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich abzubauen. Der Eiserne Vorhang bekam einen Riss, der beim sogenannten paneuropäischen Picknick eine erste Fluchtwelle von DDR-Bürgern nach Österreich auslöste. Dies sollte erst der Anfang sein. Im Laufe des Sommers drehten immer mehr Menschen der DDR den Rücken: Sie nutzten die ungarisch-österreichische Grenze, stellten zahlreiche Ausreisearträge oder besetzten die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau, um Ihrem Ausreisewunsch Nachdruck zu verleihen. Die Mehrheit von ihnen gelangte in den Westen. Der DDR drohte der Kollaps.

Montagsdemonstration am 9.10.1989 in Leipzig
© Aram Radomski



Die Montagsdemonstrationen

Parallel zur Flucht- und Ausreisebewegung erhielten die Bürgerrechtsgruppen immer mehr Zulauf. Die Menschen fühlten sich durch die Umbrüche in Polen und Ungarn und durch die Reformpolitik von Michail Gorbatschow ermutigt, offen gegen die SED zu protestieren. In der Leipziger Nikolaikirche fanden bereits seit 1982 Friedensgebete statt. Am 4. September 1989 wagten die Teilnehmenden den Schritt auf den Kirchenvorplatz und entrollten Transparente („Für ein offenes Land mit freien Menschen“), die ihnen von Mitarbeitern der Staatssicherheit entrisen wurden. Dieser Protest war eine Initialzündung, festgehalten von Kameras westdeutscher Fernsehteams. Von nun an wuchs die Zahl der Demonstranten mit jeder Woche. Am 2. Oktober waren in Leipzig bereits 20.000 Menschen auf der Straße, am 7. Oktober gelang es der Volkspolizei und der Staatssicherheit nicht, eine Demonstration mit ebenfalls bis zu 20.000 Teilnehmenden in sächsischen Plauen aufzulösen. Zum Schlüsselereignis wurde die Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig. Obwohl nicht klar war, ob die Staatsmacht Schusswaffen gegen die Demonstranten einsetzen würde, demonstrierten an diesem Tag rund 70.000 Menschen friedlich in der Innenstadt. Da die Sicherheitskräfte nicht eingriffen, war der weitere Weg vorgezeichnet. Aram Radomski und Siegbert Schefke sorgten mit ihren Aufnahmen des Demonstrationzuges dafür, dass noch am Abend die gesamte DDR aus dem Westfernsehen vom Ausmaß der Proteste erfuhr. In den folgenden Wochen wuchs die Zahl der Teilnehmenden weiter an, Montagsdemonstrationen machten DDR-weit Schule. Die größte Demonstration des Herbstes fand

am 4. November in Ostberlin statt, als sich über 700.000 Menschen am Alexanderplatz versammelten.

Die Mauer fällt

Die SED war von der anhaltenden Flucht- und Ausreisewelle und von den Massendemonstrationen verunsichert und geschwächt. Auf Unterstützung aus Moskau konnte sie nicht hoffen, auch Michail Gorbatschow drängte die ostdeutschen Genossen zu Reformen. Nach der Absetzung von SED-Chef Erich Honecker am 18. Oktober versuchte sein Nachfolger Egon Krenz, den Forderungen der Demonstranten mit einem neuen Reisegesetz entgegenzukommen. Nach anfänglicher Kritik wurde es überarbeitet und von Krenz am 9. November dem Zentralkomitee der SED vorgestellt. Es enthielt weitreichende Erleichterungen im Reiseverkehr und sollte am nächsten Tag in Kraft treten. Günter Schabowski stellte es noch am Abend des 9. November in einer Pressekonferenz neben anderen Ankündigungen den Journalisten vor. Da Schabowski selbst aber nicht an der ZK-Sitzung teilgenommen hatte, war er über die Details nicht im Bilde. Sein Satz, wonach die Reiseregulungen „sofort, unverzüglich“ gelten würden, ging in die Geschichte ein. Den ahnungslosen Grenzsoldaten blieb am Abend nichts anderes übrig, als den versammelten Menschenmassen die Grenztorer zu öffnen. Die Öffnung der Berliner Mauer war im Kontext des Jahres 1989 nur eine von vielen Niederlagen des SED-Regimes, sie war aber jene mit der größten Symbolkraft. Die Bilder der in den Westen strömenden Menschenmassen gingen um die Welt, und die chaotischen Umstände der Öffnung offenbarten einen Blick auf den inneren Zustand der herrschenden Partei.



WEITERFÜHRENDE LINKS

www.deutschlandfunkkultur.de

Sendung Deutschlandfunk Kultur zum Thema „Als ein dritter Weg möglich schien – Erinnerungen von DDR-Oppositionellen“

www.bpb.de

Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung zum Themenschwerpunkt „Deutsche Teilung – Deutsche Einheit“

www.boell.de

Rückblicke auf die Friedliche Revolution auf den Seiten der Heinrich-Böll-Stiftung

www.kas.de

Themenseite „Vom Mauerfall zur Einheit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung

AUSZÜGE AUS DEM INTERVIEW MIT ARAM RADOMSKI

Die frühen Jahre

Ich bin in Neubrandenburg aufgewachsen. Meine Mutter war Lehrausbilderin, mein Vater hat zunächst als Schlosser gearbeitet und später Literatur studiert. Der DDR stand unsere Familie neutral gegenüber, meine Großmutter und mein Vater waren Schriftsteller, somit nahmen Kunst und Kultur bei uns eine wichtige Rolle ein. Der Staat versuchte uns sozialistisch zu erziehen. Dabei spielten Kollektive eine große Rolle. Alle sollten gemeinsam an einer Sache arbeiten. Das wurde zum Beispiel bei den Jung- und Thälmannpionieren deutlich, die paramilitärisch organisiert waren und den Kindern Struktur geben sollten. Diese Ordnung stieß aber in den 1980er-Jahren auf immer weniger Verständnis. In der Schule wurde von uns erwartet, dass wir im Fernsehen ausschließlich DDR-Programme schauten. Ich bin häufig angeekelt, da bei uns auch West-Fernsehen lief und ich keine Scheu hatte, darüber offen zu reden.

Die Staatssicherheit tritt in Aktion

Als ich 15 war, hat mein Vater das Buch „Die Schuld der Worte“ geschrieben und beim Fischer-Verlag im Westen herausgebracht. An der Berufsschule in Anklam ist das Buch bei mir gefunden und konfisziert worden. Ein paar Wochen später versuchten dann zwei Stasi-Mitarbeiter in Lederjacken und Sonnenbrillen mich mit dem Fund zu erpressen. Ich sollte meinen Vater und sein Umfeld bespitzeln. Das lehnte ich aber ab und erzählte meinem Vater von dem Treffen. Als Spitzel war ich damit unbrauchbar geworden.

(Un)Rechtsstaat DDR

Mein Vater blieb im Fokus der Staatssicherheit. Einige Jahre später bin ich in Plauen in einen Club gegangen und wurde dort von zwei Männern bewusstlos geschlagen. Sie zerrten mich vor die Tür und übergaben mich der Volkspolizei. Ich bekam Handschellen und sollte abgeführt werden. Dagegen habe ich mich natürlich gewehrt und die Polizisten beschimpft. Das legte man mir später als „Öffentliche Herabwürdigung“ aus, es folgte ein Prozess und ich erhielt eine Gefängnisstrafe von elf Monaten. Wir dachten ja, wenn man unschuldig verurteilt wird, dann muss man sich wehren und zu einem Anwalt gehen, so kannten wir das aus Filmen. Meine Anwältin machte mir recht schnell klar, dass sie höchstens versuchen könnte, die Strafe zu reduzieren, mehr wäre nicht möglich. Ich bekam dann sechs Monate Haft und habe die Zeit in der Strafvollzugsanstalt Zeithain abgesessen. Dort lernte ich vor allem junge Männer kennen, die in der DDR angeekelt sind, weil sie sich nicht mehr bevormunden lassen wollten. Einige trugen lange Haare, andere stellten Ausreisearträge und wollten in den Westen. Das Gefängnis sollte eine Erziehungsmaßnahme sein, um sie wieder „auf DDR-Spur“ zu bringen.

Fotografie

Ich habe damals Fotos von meinem Leben gemacht, von der Wirklichkeit, die mich umgab. Viele meiner damaligen Freunde haben fotografiert, gefilmt, ge-

KURZBIOGRAFIE ARAM RADOMSKI

Aram Radomski ist in Neubrandenburg aufgewachsen. Sein Vater Gert Neumann war in der DDR ein bekannter regimiekritischer Schriftsteller. Im Alter von 15 Jahren versuchte die DDR-Staatssicherheit erfolglos, Aram als Spitzel zu gewinnen, um so an Informationen über seinen Vater zu gelangen. Einige Jahre später wurde er in einem Club im sächsischen Plauen zusammengeschlagen und anschließend als „Täter“ verhaftet. Er wurde zu sechs Monaten Haft verurteilt, seine Strafe verbüßte er in der Strafvollzugsanstalt Zeithain. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurde er zusammen mit Siegbert Schefke von den Westberliner Journalisten Peter Wensierski und dem früher ausgebürgerten Roland Jahn kontaktiert. Die beiden Fotografen sollten aus dem Innern der DDR über Themen wie Umweltzerstörung und Städteverfall berichten. Die Filmaufnahmen wurden von westlichen Journalisten und Diplomaten nach Westberlin geschmuggelt und einige Tage später gesendet. Berühmt wurden Radomski und Schefke durch ihre Bilder von der Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig. Die Aufnahmen zeigten zum ersten Mal einem breiten Publikum in Ost und West, wie groß der Protest in der DDR wirklich war.

Das vollständige Interview mit Aram Radomski finden Sie unter youtu.be/mjJRTrj96YU



malt oder geschrieben. Es war eine Art Sensibilisierung für den eigenen Lebensraum. Wir fragten uns: „Was sehen wir hier eigentlich? Wie könnte man das beschreiben?“. Die Herangehensweise war künstlerisch, hatte aber auch eine dokumentarische Seite. Die Bilder haben wir ursprünglich nur für uns gemacht, niemand hätte sie in der DDR abgedruckt und Instagram gab es noch nicht.

VHS

Im Laufe der 1980 Jahre tauchte mit VHS eine neue Technologie auf, mit der man Bild und Ton auf sehr einfache Weise aufnehmen und vervielfältigen konnte. Zur gleichen Zeit begannen sich westdeutsche Fernsehsender für die DDR zu interessieren. Peter Wensierski und Roland Jahn von der Kontraste-Redaktion suchten jemanden, der aus der DDR direkt berichten konnte. Und so gaben sie Siegbert Schefke und mir eine Video-Kamera. Wir sollten Reportagen und Interviews über Umweltschutz, Städtezerfall und andere Themen drehen. Die Aufnahmen haben wir dann über westliche Journalisten und Diplomaten nach Westberlin geschafft, dort wurde das Material beim Sender Freies Berlin geschnitten und zwei oder drei Tage später gesendet. Die Reportagen haben sich vor allem Menschen in der DDR angeschaut. Es machte einen großen Unterschied, ob westdeutsche Journalisten in den Osten reisten und dort Aufnahmen machten, oder wir es aus dem Innern der DDR machten. Wir waren so eine Art frühe „Social Media“ des Ostens, unsere Aufnahmen waren sehr authentisch.

Die Staatssicherheit

Nach Sichtung der Akten kann ich heute sagen, dass die Staatssicherheit von Anfang an dabei gewesen ist. Die wussten, was wir taten und hätten es auch beenden

können. Ich glaube aber, dass die SED und die Stasi die Wirkung des Fernsehens unterschätzt haben. Die konnten sich nicht vorstellen, dass zwei junge Typen mit einer VHS-Kamera durch die Gegend fahren, am Abend die Kasette nach Westberlin schicken, dort sitzen zwei andere Freaks, die schneiden das und am nächsten Tag wird es gesendet. Bei Fernsehen dachten die immer an Regieanweisungen und große Produktionen.

Friedliche Revolution

Siegbert Schefke und ich wussten, dass in Leipzig bei der Montagsdemonstration am 9. Oktober etwas passieren würde, deshalb wollten wir dort unbedingt Aufnahmen machen. Auf dem Weg dorthin überholten wir lange Militärkolonnen. Wir wurden immer stiller, weil uns klar wurde, dass die Soldaten das gleiche Ziel haben wie wir. In der Innenstadt suchten wir uns eine Kirche, um von oben möglichst viele Menschen aufs Bild zu bekommen. Was wir dann aber sahen, hat uns die Sprache verschlagen. Wir wussten ja, dass viele Menschen kommen würden, aber in dieser Größenordnung hielten wir das nicht für möglich. Die Aufnahmen haben zum ersten Mal der ganzen Welt gezeigt, wie groß der Protest in der DDR wirklich war. Da waren über 100.000 Menschen auf der Straße, die sich ohne Telefon oder Internet versammelt hatten. Unsere Aufnahmen waren das i-Tüpfelchen auf dem maroden Staat DDR gewesen und haben das Fass komplett zum Überlaufen gebracht. In den Folgetagen wurde Erich Honecker abgesetzt, die SED versuchte hilflos, Reformen einzuleiten. Aber es war zu spät. In den Wochen danach sahen wir mehr und mehr Transparente mit der Forderung nach einer Wiedervereinigung. Für uns war das absolutes Neuland, wir dachten damals noch an eine Reform der DDR.



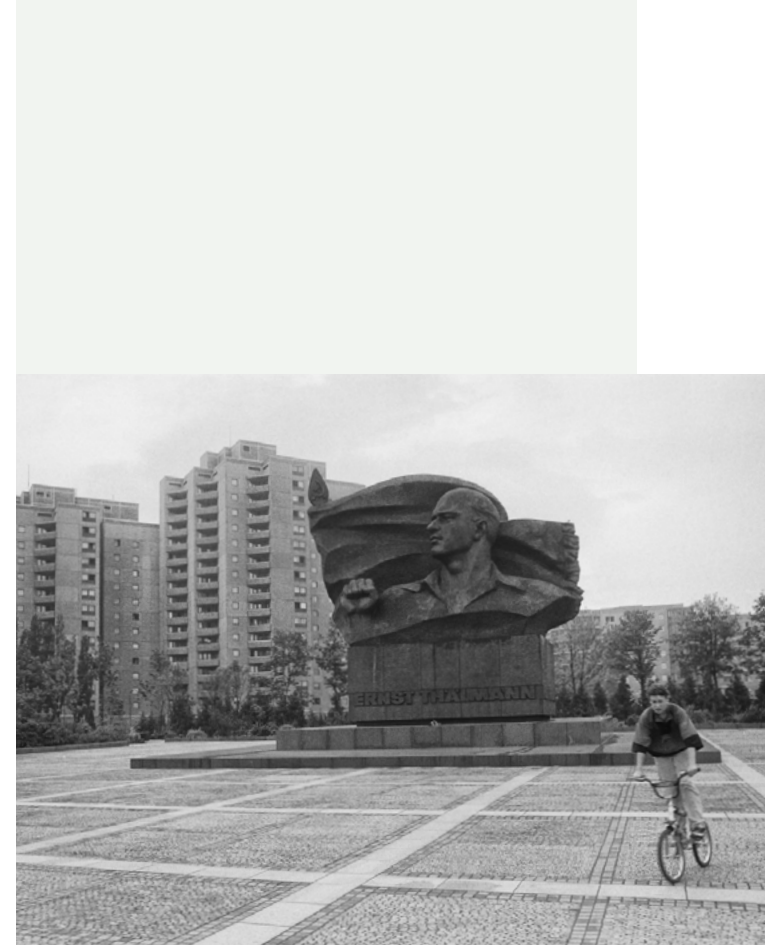
Aram Radomski als Jugendlicher

© Aram Radomski

AUFGABENSTELLUNG

ZUM VERSCHRIFTLICHEN INTERVIEW MIT ARAM RADOMSKI

1. Markieren Sie wichtige Aussagen im Interviewtext zu folgenden Themen:
 - a. Hintergrund und Familiengeschichte
 - b. Erster Konflikt mit den Behörden
 - c. Beweggründe für den Widerstand
 - d. Folgen des Widerstands
 - e. Verlauf der Friedlichen Revolution
 - f. Erfahrungen mit der Staatssicherheit
2. Recherchieren Sie, welche Bürgerrechts- bzw. Oppositionsgruppen in der DDR 1989 aktiv waren. Stellen Sie die Gruppen und ihre Ziele anschaulich in einer Mind Map dar.
3. Aram Radomski hat mit Videoaufnahmen zur Meinungsbildung innerhalb der DDR-Bevölkerung beigetragen.
 - a. Welche Wirkung haben die Aufnahmen laut Radomski gehabt?
 - b. Als wie gefährlich stufte er selbst sein Handeln ein? Wie schätzen Sie die Aktionen vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der Staatssicherheit ein?
4. Ordnen Sie das Handeln von Aram Radomski in den Prozess der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ein. Welche Bedeutung hatten seine Aktionen?
5. Aram Radomski spricht mögliche Alternativen zur Deutschen Einheit an. Recherchieren Sie, welche Wege nach dem Fall der Mauer diskutiert wurden. Treffen Sie ein begründetes Urteil, warum es zur Deutschen Einheit kam.
6. Sie sehen rechts zwei Bilder von Aram Radomski. Beschreiben Sie, was auf den Fotos zu sehen ist und was sie über das Leben in der DDR aussagen.



Oben: **Ernst-Thälmann-Denkmal**
Unten: **Demonstrationszug am Alexanderplatz**
© Aram Radomski



AUFGABENSTELLUNG
**ZUM VIDEO-INTERVIEW MIT
 ARAM RADOMSKI**

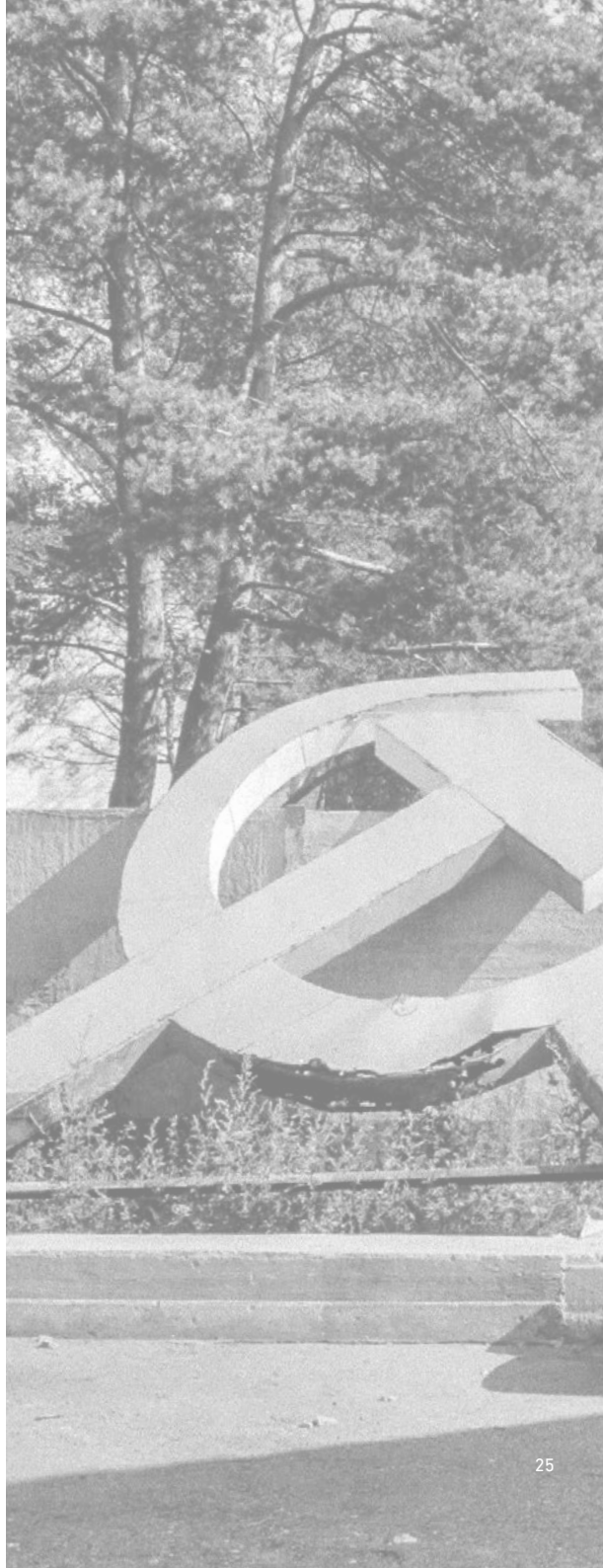


Notieren Sie sich während des Interviews zu folgenden Themenfeldern Stichpunkte zur anschließenden Besprechung.

Hintergrund / Familie		Erfahrungen mit der Staatssicherheit	
Welches Ereignis brachte Aram Radomski in Konflikt mit den Behörden?		Was erfahren Sie über die Akteneinsicht?	
Beweggründe für die Opposition Folgen		Warum war die DDR in seinen Augen ein Unrechtsstaat	
Entwicklung der Opposition		Beschreibung der Friedlichen Revolution / Deutschen Einheit	
Was stand im Zentrum seines persönlichen Interesses?		Alternativen zur Deutschen Einheit	

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN ZUM VIDEO-INTERVIEW

1. Aram Radomski hat mit Bildern die Situation in der DDR festgehalten und mit Videoaufnahmen zur Meinungsbildung innerhalb der DDR-Bevölkerung beigetragen. Wo konnten DDR-Bürger die Aufnahmen sehen und welche Wirkung haben sie laut Radomski gehabt?
2. Radomski sagt selbst, dass „die Staatssicherheit von Anfang an dabei gewesen ist. Die wussten, was wir taten und hätten es auch beenden können“. Wie schätzen Sie sein persönliches Urteil ein? Recherchieren Sie zu den Methoden der Stasi und versuchen Sie zu beurteilen, warum die Geheimpolizei nicht eingegriffen hat.
3. Ordnen Sie das Handeln von Aram Radomski in den Prozess der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ein. Welche Bedeutung hatten seine Aktionen?
4. Aram Radomski spricht mögliche Alternativen zur Deutschen Einheit an. Recherchieren Sie, welche Wege nach dem Fall der Mauer diskutiert wurden. Treffen Sie ein begründetes Urteil, warum es zur Deutschen Einheit kam.



Abzug der Russen, Kasernenleben, Altlasten, 1993

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Günter Bersch, Bild 016-A061-2017

Ehrenkompanie mit Fahne, Flugfeld Cottbus, 1978

© Bundesstiftung Aufarbeitung/Günter Bersch, Bild 039-A033-2017



Deutsche Gesellschaft e. V.
Voßstraße 22
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 41 21 41
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Konzept, Text und technische Umsetzung: Alesch Mühlbauer
Didaktisches Material: Myriam Andres
Gestaltung: thorstenbieber.de

Berlin, Januar 2021

Ein Projekt von:

 **Deutsche
Gesellschaft e.V.**

Gefördert durch:

 **Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat**

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages